

Dringlicher Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP
auf Annahme einer EntschlieÙung

Solidarität mit den Menschen im Iran

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der ungeheure Mut der Frauen und aller anderen Protestierenden, die sich der Willkür des sogenannten Sicherheitsapparates im Iran widersetzen, hat unsere volle Solidarität und Unterstützung. Wir verurteilen die brutale Gewalt und stehen an der Seite der Menschen, die gegen die Menschenrechtsverletzungen protestieren.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat daher zu folgenden Maßnahmen auf:

- Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf sich dafür einzusetzen, dass die Diskriminierung und Verfolgung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, religiösen und ethnischen Minderheiten, LGBTIQ, Journalistinnen und Journalisten, Andersdenkenden und Oppositionellen im Iran eingestellt wird.
- Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf sich gemeinsam mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Angriffe auf Protestierende vor der Iranischen Botschaft in Berlin restlos aufgeklärt werden – auch bezüglich der Frage, inwiefern hier ausländische Geheimdienste involviert waren. Ebenso ist zu prüfen, inwiefern über den dem iranischen Regime zugehörigen Verein „Islamisches Zentrum Berlin e.V.“ nachrichtendienstliche Aktivitäten organisiert wurden. Generell muss ein besonderer Fokus der Sicherheitsbehörden auf iranische Geheimdienstaktivitäten in Berlin gelegt werden, da auf diesem Weg, wie das Mykonos-Attentat gezeigt hat, Angriffe und Morde an Oppositionellen verübt werden. Spione sowie Informanten und Informantinnen der iranischen Geheimdienste müssen identifiziert und umgehend und konsequent ausgewiesen werden.

- Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechtsproteste sowie iranische Journalistinnen und Journalisten wie auch Oppositionelle von den Berliner Sicherheitsbehörden besonders geschützt werden. Gerade in Berlin als Hauptstadt sind die Sicherheitsrisiken bei Protestveranstaltungen besonders hoch. Menschen, die sich zu den Protesten äußern und sich an den Aktionen beteiligen möchten, müssen Gewissheit haben, ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Berlin sicher wahrnehmen zu können. Dies muss durch alle Berliner Sicherheitsbehörden sichergestellt werden.
- Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf darauf hinzuwirken, dass geschlechtsspezifische Aspekte bei der Entscheidung über die Gewährung von Asyl ausreichend berücksichtigt werden. Gerade Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts unterdrückt werden, müssen bei uns besonderen Schutz erfahren. Dies gilt ebenso für Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung schwere Repressionen erfahren müssen – und zwar nicht nur für die zukünftigen Geflüchteten, sondern auch für die Menschen, die genau aus diesen Gründen bereits hier sind. Berlin wird seine Verantwortung für den Schutz der Menschen- und Frauenrechte ernst nehmen. Das Abgeordnetenhaus begrüßt deshalb den vom Senat verhängten Abschiebestopp für Oppositionelle aus dem Iran und setzt sich dafür ein, dass verfolgte Menschen aus dem Iran Schutz und Aufnahme finden.
- Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass iranische Oligarchen und führende Funktionäre der Revolutionsgarden sanktioniert und ihre Konten eingefroren werden.

Begründung

Obwohl der Iran als Mitglied der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte anerkennt und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert hat, hat sich die Menschenrechtsslage im Land in den vergangenen Jahren konstant verschlimmert. Auf die aktuellen Proteste, ausgelöst durch die Ermordung der jungen Zhina Amini durch die „Sittenpolizei“, reagiert das Regime mit brutaler Härte. Es schreckt nicht davor zurück, auf Kinder und Jugendliche zu schießen und bedient sich menschenverachtender Strafen wie Peitschenhiebe und Todesstrafe. Zuletzt ist die Anzahl der Hinrichtungen drastisch gestiegen, genauso wie die Zahl der Morde an Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Es fehlt an rechtsstaatlichen Verfahren, u.a. können unter Folter erzwungene Geständnisse zur Todesstrafe führen. Die LGBTIQ-Community im Iran ist in besonderem Maße gefährdet und die Angst von Journalistinnen und Journalisten, Künstlerinnen und Künstlern sowie Oppositionellen ist groß und berechtigt. Denn das iranische Parlament hat jüngst drastische Strafen bis hin zur Todesstrafe für alle Protestierenden beschlossen.

Dass sich die Repressionen insbesondere gegen Frauen und die LGBTIQ-Community richten, verdeutlicht erneut die essenzielle Bedeutung, die geschlechtsspezifischen Verfolgungsgründen bei der Gewährung von Asyl und Schutz beizumessen ist.

Trotz staatlicher Gewalt und Drohungen dauern die Proteste seit September an. Mutige Frauen und Mädchen sind dabei die treibende Kraft. Die Proteste bringen das Leid einer

unterdrückten Bevölkerung zum Ausdruck. Wir bewundern die Courage der Menschen im Iran, für die Menschenrechte und vor allem für die Rechte der unterdrückten Frauen einzustehen.

Aber nicht nur die Menschen im Iran setzen sich für Menschenrechte ein, sondern auch Menschen in Berlin. Mit Erschütterung haben wir erfahren, dass Protestierende in Berlin angegriffen, mit Waffen bedroht und verletzt worden sind.

Berlin, den 29. November 2022

Saleh Golm Schreiber
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf Ahmadi
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Wegner Bung
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der CDU

Helm Schatz Schrader Kocak
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Czaja Jasper-Winter Bauschke
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der FDP